

Antrag

der Fraktion der CDU

Entschließung

zum Armuts- und Reichtumsbericht der Landesregierung
– Drucksachen 16/4728/4915 –

Armutsbekämpfung durch Armutsprävention

1. Armut bekämpfen heißt Ausgrenzung bekämpfen:

In der sozialen Marktwirtschaft sind freiheitliche Wirtschafts- und solidarische Sozialordnung untrennbar miteinander verbunden. Die soziale Marktwirtschaft ermöglicht die Chance auf Wohlstand für alle. Sie bedeutet Teilhabe auch für die, die einen angemessenen Lebensstandard nicht aus eigener Kraft erarbeiten können. So verwirklicht sie soziale Gerechtigkeit. Armut grenzt Menschen aus.

- a) Die soziale Herkunft von Menschen soll nicht über ihre Zukunft entscheiden. Aufstieg durch Bildung ist unser gesellschaftspolitisches Ziel. Die Teilhabe aller an Bildung und Ausbildung ist ein Gebot der Chancengerechtigkeit, weil Armut allzu oft als Bildungsarmut beginnt. Wir brauchen deshalb Differenzierung, Flexibilität und Durchlässigkeit im Bildungswesen. Qualität und Leistung muss auf allen Gebieten verbessert werden.
- b) Arbeit für alle ist ein Kernstück sozialer Gerechtigkeit. Sie ist eine entscheidende Voraussetzung für gesellschaftliche Teilhabe. Ein gut funktionierender Arbeitsmarkt ist entscheidend für die Vermeidung von Armutsrisiken. Arbeitsplatzverlust und längerer Verbleib in Arbeitslosigkeit sind zentrale Risikofaktoren für ein relativ geringes Einkommen, einen eingeschränkten Lebensstandard oder die Abhängigkeit von staatlichen Leistungen.
- c) Starke Familien machen auch eine menschliche Gesellschaft aus. Familien verdienen einen Ausgleich für ihre Leistungen in unserer Gesellschaft. Die Übernahme von Verantwortung darf nicht durch zusätzliche Risiken belastet werden. Familienarmut darf nicht hingenommen werden. Davor müssen Familien auch landespolitisch geschützt werden.

Der Armuts- und Reichtumsbericht zeigt für Armutsrisiken relevante Problemlagen auf, die die Situation in Rheinland-Pfalz charakterisieren. Die von der Regierung gern bemühte drittniedrigste Arbeitslosenquote kann darüber nicht hinweg täuschen.

Die Armutsrisiken sind nicht gleichmäßig verteilt. Zu den Personengruppen, die in besonderem Maße von Armut betroffen sind, zählen insbesondere Erwerbslose, Alleinerziehende, Familien mit vielen Kindern.

Seit 1992 liegt das Bruttoinlandsprodukt pro Kopf in Rheinland-Pfalz unter dem Wert für Deutschland insgesamt, bis zur Finanzkrise 2009 mit wachsendem Abstand. Seit Mitte der 1990er Jahre wachsen die Bruttolöhne und -gehälter im Bund mit wachsendem Abstand stärker als im Land. Mit 2879 € liegt das durchschnittliche monatliche Bruttoarbeitsentgelt je sozialversicherungspflichtigem Vollzeit-Beschäftigten 2012 deutlich unter dem westdeutschen Median (3022 €).

Die Arbeitslosigkeit ist im Land seit 2006 etwas weniger gesunken als im Bund. Die absolut relativ niedrige Arbeitslosenquote schwankt regional sehr stark.

Nach Gemeindegrößenklassen ergibt sich eine klare Tendenz zur Erhöhung der Einkommens-Armutsrisikoquote mit wachsender Zahl der Einwohner.

Im Vergleich der Jahre 2005 und 2012 ist die Armutsrisikoquote insbesondere bei Geringqualifizierten deutlich größer geworden.

Im Vergleich der Jahre 2005 und 2012 liegt die Armutsrisikoquote im Land 2012 bei Alleinerziehenden deutlich höher und über dem Bundesdurchschnitt. Sie weisen mit Abstand die höchste Armutsrisikoquote auf. Der Rückgang bei Familien mit drei und mehr Kindern entspannt deren Situation noch nicht.

Die Armutsrisikoquote Älterer liegt 2012 mit 18,8 Prozent deutlich über dem Bundeswert (13,6 Prozent) und dem Durchschnittswert für die gesamte Bevölkerung. Seit 2005 ist sie deutlicher angestiegen als der Gesamtdurchschnitt. Sie ist bei Frauen über 65 Jahren besonders hoch.

2. Für die Armutsprävention sind qualitätsgesicherte Bildung, beschäftigungsorientierte Standortpolitik und umfassende Familienunterstützung entscheidend:

- a) Das Risiko, einkommensarm zu sein, wird nach Aussage bereits des Armuts- und Reichtumsberichts der Landesregierung 2009/2010 (Drucksache 15/4285) durch Erwerbstätigkeit grundsätzlich erheblich reduziert. Das bestätigt auch der aktuell vorliegende Armuts- und Reichtumsbericht. Die Schlüssel für bessere Chancen auf dem Arbeitsmarkt liegen insbesondere in gleichen Bildungschancen und lebenslangem Lernen. Gerechtere verteilte Lebenschancen erfordern gleiche Startchancen in Bildungswege und in die Arbeitswelt, ohne Unterschiede in den persönlichen Anlagen des Einzelnen zu leugnen.

Die Qualität frühkindlicher Bildung steht ganz oben auf der politischen Agenda. Sowohl der Ausbau der Kindertagesbetreuung, als auch die Bekämpfung des Fachkräftemangels in Kindertagesstätten sind besonders unter dem Aspekt der Qualität zu bewerten. Die Landesregierung hat hier keine ausreichenden Vorbereitungen getroffen.

Die Situation an allgemeinbildenden Schulen ist durch zu hohen Unterrichtsausfall und Defizite bei der Ausstattung mit Lehrkräften geprägt. Darunter leidet die individuelle Förderung gerade für Kinder mit besonderem Bedarf.

Die Rahmenbedingungen in berufsbildenden Schulen sind von der Landesregierung seit Jahren vernachlässigt worden. Die Unterrichtsversorgung ist dauerhaft schlecht. Die Folgen sind strukturelle Bildungslücken aufgrund des Fachlehrermangels.

Die Zukunft der Förderschulen wird in Frage gestellt.

- b) Es besteht eine Beschäftigungslücke in Rheinland-Pfalz, die für Armutsrisiken Bedeutung hat. Bei der Rangziffer Erwerbstätiger am Arbeitsort pro 1 000 Einwohner nahm Rheinland-Pfalz bundesweit nach der Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage der CDU-Fraktion zum Beschäftigungsstandort Rheinland-Pfalz lediglich den elften Platz ein (Drucksache 16/397). Es handelt sich hier um einen Indikator für Arbeitsplätze und Beschäftigung in einem Land selbst. Bezüglich der alten Bundesländer liegt Rheinland-Pfalz auch aktuell diesbezüglich auf dem vorletzten Platz. Nicht besser sieht es aus bei der Rangziffer sozialversicherungspflichtig Beschäftigter am Arbeitsort je 1 000 Einwohner. Charakteristisch für die Beschäftigungslücke in Rheinland-Pfalz selbst ist auch der Auspendlerüberschuss. Dieser prägt die Situation in Rheinland-Pfalz seit Jahren, weil sich Rheinland-Pfalz gegenüber den Nachbarländern nicht ausreichend als Beschäftigungsstandort profiliert hat.

Zu wenig Arbeitsplätze für die Einwohner eines Landes in dem Land selbst generieren Arbeitsrisiken. Die Arbeitsmarktpolitik der Landesregierung kann diesen Befund nicht kompensieren, weil ihre langfristige Wirksamkeit nicht evaluiert ist und die Landesregierung deren Berechtigung nach wie vor lediglich aus der Zahl der Förderfälle und der Zahl der erreichten Personen ableitet, statt die tatsächlichen Wirkungen im Sinne von Beschäftigungsaufbau, Beschäftigungssicherung und Armutsvermeidung nachvollziehbar zu analysieren. Die Ergebnisse des Armuts- und Reichtumsberichts weisen auf eine unzureichende Wirkung der Fördermaßnahmen hin.

c) Nach dem Armutsbericht ist die Armutsrisikoquote bei Haushalten mit zwei Erwachsenen und drei oder mehr Kindern nach Alleinerziehenden und Einpersonenhaushalten besonders hoch. Unter der CDU-geführten Landesregierung gab es ein Landesfamiliengeld zur gezielten Unterstützung von Familien mit geringem Einkommen und mehreren Kindern, das die Regierung Beck abgeschafft hat. Zu den im Bericht aufgeführten familienunterstützenden Maßnahmen der Landesregierung wird der Landesregierung mit Recht von der am Bericht beteiligten LIGA der Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege vorgehalten, dass Projekte keine Regelfinanzierung ersetzen und eine grundlegende Veränderung der Soziallandschaft von Familien angestrebt werden muss, die an Infrastruktur und Lebenswelt ansetzt.

3. Armutsbekämpfung muss an standortspezifischen Phänomenen ansetzen

Vor diesem Hintergrund spricht sich der Landtag dafür aus, bei der Politik zur Armutsbekämpfung Armutsprävention durch ein Konzept für mehr qualitätsgesicherte Bildung, gezielte beschäftigungsorientierte Standortpolitik und umfassende Unterstützung von Familien, insbesondere mit geringem Einkommen und mehreren Kindern, zu leisten. Qualitätssicherung muss alle Bildungswege prägen. Die Beschäftigungslücke muss geschlossen werden. Besonders hilfebedürftige Familien müssen nachhaltig wirksame Hilfen erhalten. Die hier bestehenden Defizite sind zu beheben, damit Armutsrisiken reduziert werden. Ziel ist es, dem Entstehen von Armut nachhaltig entgegen zu wirken. Dabei soll an durch Politik geprägten Ursachen angesetzt werden. Künftige Armutsberichte müssen hierzu konkrete Analysen und Maßnahmen enthalten. Nur so kann der nächste Armuts- und Reichtumsbericht die notwendigen Hinweise für die erforderlichen politischen Maßnahmen enthalten.

Begründung:

Wie die LIGA der Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege in ihrer Pressemeldung vom 12. März 2015 feststellt, ist die Armutsrisikoquote in Rheinland-Pfalz in den vergangenen Jahren kontinuierlich angestiegen – von 14,5 Prozent im Jahr 2006 auf 15,9 Prozent im Jahr 2012. Aus dem jetzt vorgelegten Armuts- und Reichtumsbericht der Landesregierung 2015 ergibt sich, dass die Armutsrisiken unterschiedlich in der Bevölkerung verteilt sind. Besonders von Armut bedroht sind Erwerbslose und Alleinerziehende mit Kindern unter 18 Jahren. Ebenso sind Menschen mit niedrigem Qualifikationsniveau überdurchschnittlich oft von Armut bedroht. Armut im Alter ist in hohem Maße durch die jeweiligen Erwerbsbiografien bedingt. Geringe Rentenansprüche und fehlendes Vermögen sind in der Regel das Ergebnis von Lebensläufen, in denen sich z. B. längere Phasen der Arbeitslosigkeit, geringeres Einkommen und fehlende Absicherung in der Sozialversicherung ergeben haben. Familien mit mehreren Kindern haben ein spezifisch hohes Armutsrisiko. Armutsbekämpfung ist in der Tat eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, die von Bund, Land, Kommunen, aber auch Verbänden, Gewerkschaften, Unternehmen, Kirchen und der Zivilgesellschaft insgesamt gemeinsam vorangebracht werden muss. Wenn es eine Landesregierung ernst meint mit ihrer Ankündigung, sich aufgrund des Armuts- und Reichtumsberichts über die richtige Vorgehensweise zur Bewältigung von Armut zu verständigen, dann muss sie insbesondere für ihre Armutsprävention selbst Konsequenzen daraus ziehen. Der aktuelle Armutsbericht enthält dazu kein Konzept.

Für die Fraktion:
Hans-Josef Bracht

